



Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr, So.
12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband

Mittwoch, 28. Juni 1978

Blatt 1593

Heute in der "Rathaus-Korrespondenz":

Kommunal: Wiener Gemeinderat
(rosa) 70.000. Gemeindeurlauber verabschiedet
Kanalgrenzwert-Verordnung schafft "klare Verhältnisse"
Wieder "Tag des Sports" in Wien

Lokal: Sanierung des Schloßparks Pottendorf
(orange) Leopoldstädterin feiert 101. Geburtstag

Nur über FS: Straßenbahnunfall auf dem Neubaugürtel

28. juni 1978

''rathaus-korrespondenz''

blatt 1594

k o m m u n a l :

=====

geehrte redaktion

.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.

1 wien, 28.6. (rk) im rahmen des pressegespraechs des wiener
buergermeisters am mittwoch, dem 5. juli, erwarten wir besuch aus
wels. das bundesland wien wird sich an der internationalen land-
wirtschaftsmesse wels 1978 beteiligen. darueber und ueber die messe
selbst moechte sie der welscher buergermeister reg. rat leopold
s p i t z e r und messedirektor senatsrat dkfm. dr. franz
p r u m m e r informieren. wir laden sie herzlich zu dieser

pressekonfernez ueber die welscher messe

ein.

bitte merken sie vor:

zeit: mittwoch, 5. juli, 12 uhr

ort: konferenzsaal des pid, 3. stiege, rathaus

presse- und informationsdienst
der stadt wien

0858

k o m m u n a l :

=====

kanalgrenzwert-verordnung schafft "klare verhaeltnisse"

3 wien, 28.6. (rk) durch die sogenannte kanalgrenzwert-verordnung, die mittwoch von der wiener landesregierung beschlossen wurde, wird ein wichtiger beitrage fuer die reinhaltung der abwaesser geleistet und damit eine wichtige massnahme auf dem gebiet des umweltschutzes getroffen, erklarte amtsfuehrender stadtrat peter s c h i e d e r gegenueber der "rathaus-korrespondenz".

die verordnung, die mit 1. juni 1980 in kraft treten wird, setzt grenzwerte fuer die zulaessigen einleitungen in den strassenkanal fest. ausdruecklich angefuehrt sind natuerliche mineralische oele und fette, sulfate, zyanide, geloeste und ungeloeste metalle, fluoride, chloride und loesungsmittel wie trichloraethylen und aehnliches. auch der ph-wert wird in der verordnung festgesetzt. durch den sogenannten ph-wert wird der anteil an saeure oder alkalischen stoffen bestimmt.

selbstverstaendlich hat es schon bisher grenzwerte fuer die einleitung von abwaessern gegeben. die neue verordnung, die im einvernehmen mit der handelskammer ausgearbeitet wurde, schafft jedoch im buchstaeblichen sinn des wortes klare verhaeltnisse. (pr)

1009

70.000. gemeindeurlauber verabschiedet

2 wien, 28.6. (rk) den 70.000. teilnehmer der seit 1952 durchgefuehrten aktion "gemeindeurlaub" verabschiedete mittwoch frueh vor dem rathaus gr. eveline a n d r l i k in vertretung von gesundheits- und sozialstadtrat univ.-prof. dr. stacher. der jubilaeumsurlauber war eine "sie", naemlich die 65jaehrige josefine g r e c h aus dem 2. bezirk. frau grech erhielt einen grossen strauss blumen ueberreicht sowie die angenehme nachricht uebermittelt, dass sie auf kosten des sozialamtes weitere zwei urlaubswochen in dem von ihr erwaehlten urlaubsort in wegscheid am kamp im waldviertel verbringen kann. (z1)

0900 —

k o m m u n a l :

=====

wieder ''tag des sports'' in wien

6 wien, 28.6. (rk) heuer findet in wien zum zweiten mal ein ''tag des sports'' statt. geplant sind unter anderem ein volkslauf auf der ringstrasse und eine grossveranstaltung im weststadion, in deren mittelpunkt ein fussball-laenderkampf steht. (hof)

geehrte redaktion

ueber die vorbereitungsarbeiten fuer den ''tag des sports'' moechte sie sportstadtrat kurt h e l l e r am donnerstag, dem 6. juli, bei einem

p r e s s e g e s p r a e c h

informieren.

bitte merken sie vor:

zeit: donnerstag, 6. juli, 11 uhr

ort: konferenzsaal des pid, 3. stiege, rathaus

presse- und informationsdienst
der stadt wien

1116

L o k a l :

=====

verein niederösterreich-wien, gemeinsame erholungsraeume:
sanierung des schlossparks pottendorf

7 wien, 28.6. (rk) die sanierung des schlossparks pottendorf und sein ausbau zum erholungsgebiet sowie die schaffung eines erholungsparks in neuhaus sind zwei der neuen projekte, die vom verein niederösterreich-wien, gemeinsame erholungsraeume, diensttag besichtigt wurden und vom verein gefoerdert werden sollen.

der rund 20 hektar grosse schlosspark in pottendorf, seit 1955 in desolatem zustand, konnte bis heute vom eigentuemer nicht instandgesetzt werden. die gemeinde pottendorf will diesen park mit seinem schoenen baumbestand jedoch retten und zum erholungsgebiet ausgestalten und ersuchte den verein niederösterreich-wien, gemeinsame erholungsraeume, um finanzielle unterstuetzung. in dem park selbst muessen unter anderem die wege saniert, sicherungs- und durchforstungsarbeiten durchgefuehrt und kleine bruecken ueber die nebengerinne der fischa, die den park durchqueren, angelegt werden. die arbeiten zur sanierung und ausgestaltung des pottendorfer schlossparks sollen vom verein niederösterreich-wien, gemeinsame erholungsraeume, gefoerdert werden, sobald ein nutzungsvertrag zwischen der gemeinde und dem grundeigentuemer abgeschlossen worden ist.

ein weiteres erholungsgebiet soll in neuhaus, einem ortsteil der gemeinde wissenbach an der triesting und frueher eine beliebte sommerfrische, entstehen. auf einem rund drei hektar grossen areal koennte mit finanzieller unterstuetzung des vereins niederösterreich-wien ein erholungspark geschaffen werden, der gleichzeitig ausgangspunkt fuer kleine und grosse wanderungen - zum beispiel auf den peilstein - waere.

besichtigt wurde auch der schlosspark atzenbrugg mit der schubert-gedaechtnisstaeette: dieser verwilderte, rund drei hektar grosse park koennte ebenfalls saniert werden. im gemeindegebiet von atzenbrugg in heiligeneich, befindet sich ausserdem ein 7 hektar grosser schotterteich, der nur noch bis ende dieses jahres der schottergewinnung dienen wird und dann zur attraktiven bade- und

erholungsflaeche werden koennte. hier steht allerdings noch nicht fest, ob der teich vom grundeigentuemer der allgemeinheit zur verfuegung gestellt oder weiterhin privat genuetzt wird.

aubad und erholungszentrum in tulln, ebenfalls ein programm-punkt der besichtigungsreise des vereins niederoesterreich-wien, gemeinsame erholungsraeume, sind dagegen bereits zum grossteil fertiggestellt und werden von der bevoelkerung auch bereits genutzt. die gesamt-kosten fuer dieses projekt betragen elf millionen schilling, etwa die haelfte davon traegt der verein niederoesterreich-wien. mit eineinhalb millionen wurde die ausgestaltung und vergroesserung des badeteichs seeschlacht in langenzersdorf gefoerdert, an dem derzeit gearbeitet wird. (hs)

1121

L o k a l :

=====

Leopoldstaedterin feiert 101. geburtstag
37 wiener und wienerinnen mehr als 100 jahre alt

8 wien, 28.6. (rk) am 5. juli feiert anna k i e t a i b l aus der leopoldstadt, fruchtgasse 3, ihren 101. geburtstag. frau kietaibl ist in wien geboren. sie ist verwitwet. frueher war sie im haushalt taetig. bezirksvorsteher rudolf b e d n a r stellte sich mittwoch als erster gratulant bei der jubilarin ein, ueberbrachte die glueckwuensche der leopoldstaedter, einen blumenstrauss und ein ehrengeschenk der stadt wien.

der "klub der hundertjaehrigen" in wien erhaelt in letzter zeit immer mehr zuwachs. derzeit sind 37 wienerinnen und wiener mehr als 100 jahre alt, (vor ein paar jahren waren es hoechstens 27). juengster in diesem kreis ist der 100jaehrige karl f u h s aus floridsdorf, aeltteste die mariahilferin adele g l o e c k n e r , die heuer im oktober ihren 107. geburtstag feiern wird. (am)

1133

k o m m u n a l :

=====

gemeinderat (1):

nekula praesentierete energiekonzept

4 wien, 28.6. (rk) die am vortag unterbrochene sitzung des wiener gemeinderates wurde am mittwoch unter dem vorsitz von gr. s c h r e i n e r (spoe) wieder aufgenommen.

stadtrat n e k u l a (spoe) meldete sich zu einer mitteilung zu wort. er legte dem gemeinderat das "energiekonzept der stadt wien" vor. wien ist damit die erste millionenstadt der welt, die ueber ein derart detailliertes, umfassendes und konkretes konzept fuer ihre energieverversorgung verfuegt. bereits vor drei jahren hatte die stadt wien mit der vorlage der "grundlagen fuer ein energiekonzept" international richtungsweisend und beispielgebend gewirkt. diese vorarbeiten bildeten die basis fuer die ausserordentlich umfangreichen detailarbeiten am nunmehr fertiggestellten energiekonzept.

zielsetzung des energiekonzeptes ist die schaffung der voraussetzungen fuer eine langfristig bedarfsdeckende, sichere und wirtschaftliche versorgung der stadt wien beziehungsweise der versorgungsgebiete der wiener stadtwerke mit den leitungsgebundenen energietraegern strom, erdgas und fernwaerme sowie mit fluessigen und festen brennstoffen und treibstoffen. nur die leitungsgebundenen energietraeger fallen allerdings in den unmittelbaren einflussbereich der stadtverwaltung. das energiekonzept soll, wie nekula ausfuehrte, als richtlinie fuer die kuenftige energiepolitik der stadt wien dienen. es ist jedoch nicht als starres korsett zu verstehen. seine fortschreibung unter beruecksichtigung neuer technischer entwicklungen und sich aendernder voraussetzungen wird in der zukunft unumgaenglich notwendig sein.

die deckung des primaerenergiebedarfs erfolgt ueberwiegend durch heizoele (39 prozent), erdgas (31 prozent) und treibstoffe (17 prozent). der rest entfaellt auf kohle, fremdstrombezug, wasserkraft und muell.

bei den verbrauchersektoren dominieren die haushalte mit 40 prozent, gefolgt vom sogenannten kleinverbrauch - dazu gehoeren vor

allem gewerbe, handel, oeffentliche einrichtungen und die landwirtschaft - mit 25 prozent sowie dem verkehr mit 22 prozent und der industrie mit 13 prozent. der anteil der sektoren haushalt und kleinverbrauch ist mit zusammen 65 prozent in wien weit hoeher als im bundesdurchschnitt, der bei 40 prozent liegt. 75 bis 80 prozent des energieverbrauchs im haushalt entfallen auf die heizung, 10 bis 15 prozent auf warmwasserbereitung, der rest auf kochen, elektrische geraete und beleuchtung.

auf der grundlage eines vom internationalen institut fuer angewandte systemanalyse (iasa) in laxenburg entwickelten modells wurden verschiedene sogenannte "szenarios" fuer die kuenftige energieentwicklung erstellt. dabei zeigte sich, dass im normalfall im haushaltssektor etwa ab 1995 ein annaehernd konstantes energieverbrauchsniveau erreicht sein duerfte. bei der unteren variante koennte sich dagegen schon ab dem kommenden jahrzehnt ein leicht rueckklaeufiger verbrauch ergeben, waehrend bei der oberen variante mit einem weiteren ansteigen des energieverbrauchs bis 2015 zu rechnen ist. in a l l e n varianten weisen aber die leitungsgebundenen energietraeger steigende anteile und zuwachsraten auf, waehrend die festen und fluessigen brennstoffe zum teil einen starken rueckgang verzeichnen.

die leitungsgebundenen energietraeger strom, erdgas und fernwaerme nehmen in der energieverversorgung wiens also eine fuehrende stellung ein, die sie in zukunft nicht nur beibehalten, sondern in bestimmten bereichen auch erweitern werden.

bei den e - w e r k e n erfolgt die stromaufbringung zu 65 prozent durch erzeugung in eigenen kraftwerken und zu 35 prozent durch fremdstrombezug von der verbundgesellschaft. dieses verhaeltnis von eigen- und fremdstrom bildet auch die grundlage kuenftiger planungen. nach fertigstellung des neuen blockkraftwerkes 1/2 im herbst dieses jahres wird das dampfkraftwerk simmering das groesste kalorische kraftwerk oesterreichs sein. darueber hinaus verfuegen die wiener e-werke ueber ein weiteres dampfkraftwerk in der donau-stadt sowie ueber das gasturbinenkraftwerk leopoldau, das vor allem als spitzen- und reserveanlage dient. mit diesen anlagen sowie dem vertraglich vereinbarten fremdstrombezug ist die stromversorgung wiens etwa bis mitte der achtziger jahre gesichert. etwa fuer 1984/85 ist die inbetriebnahme eines weiteren 100-mw-gasturbinenkraftwerkes

in betracht zu ziehen. die inbetriebnahme eines weiteren 370-mw-dampfturbinenkraftwerkes waere dann 1986/87 erforderlich.

neben dem ausbau der stromerzeugungsanlagen ist die erweiterung der erforderlichen verteilungsanlagen eine weitere grundlegende voraussetzung fuer eine sichere versorgung mit elektrischer energie. die e-werke sind dafuer in ihrem versorgungsgebiet allein verantwortlich, wobei aber natuerlich die entwicklungen im ueberregionalen netz der verbundgesellschaft zu beachten sind. da die grenzen der leistungsfaeahigkeit des bestehenden 110-kv-traegernetzes bereits absehbar sind, erwies sich der uebergang auf eine hoehere spannungsebene als notwendig. dabei wurde anstelle von 220 kv die zukunftsorientierte 380-kv-hoechstspannungsebene gewaehlt. eine 380 kv-schiene vom kraftwerk simmering quer durch die stadt zum umspannwerk kendlerstrasse ist in bau. sie wird im winter 1979/80 in betrieb gehen. auch der kuenftige 380 kv-einspeisepunkt aus dem verbundnetz im umspannwerk suedost soll mit dem kraftwerk simmering verbunden werden. dieses 380 kv-grundnetz kann spaeter durch einbeziehung weiterer umspannwerke vergroessert werden, wobei in fernerer zukunft eine zweite einspeisestelle aus dem verbundnetz im norden von wien erforderlich werden wird.

fuer die deckung des wiener gasbedarfs sind derzeit vor allem die aus der inlandsfoerderung gewonnenen erdgasmengen sowie die importe aus der sowjetunion von bedeutung. die oemv hat im rahmen eines europaeischen konsortiums mit dem iran einen bezugsvertrag abgeschlossen, der ab 1981 etappenweise steigende lieferungen vorsieht. darueber hinaus bemuehen sich derzeit austria ferngas und oemv um den import von algerischem erdgas.

im herbst 1978 werden die gaswerke die 1970 begonnene umstellung auf erdgas abschliessen. die werke in simmering und in leopoldau haben nunmehr vor allem die funktionen der uebernahme, messung, regelung und verteilung des erdgases zu erfuelen.

die staendig wachsende zahl von heizgaskunden hat trotz der erdgasumstellung, die eine verdoppelung der rohrnetz-kapazitaet ermoeglicht hat, bewirkt, dass in manchen bereichen bereits wieder eine annaeherung an die leistungsgrenze erreicht wurde. dies liegt vor allem daran, dass durch die zunahme der umweltfreundlichen gasheizungen die gasabgabe in den wintermonaten ueberproportional gewachsen ist. eine erhoehung der kapazitaet des mittel- und nieder-

druckrohrnetzes wird daher in manchen bereichen weiterhin noetig sein.

die energieverorgungsunternehmungen muessen in der lage sein, den spitzenbedarf zu decken, der oft nur waehrend einer sehr kurzen zeit auftritt. zum ausgleich der staendigen bedarfsschwankungen muessen deshalb zum beispiel den gaswerken neben dem sogenannten querverbund mit e-werken und heizbetrieben sowie den untertages-speichern im rahmen des speicherpools der landesferngasgesellschaften und den vorhandenen niederdruckbehaeltern noch weitere moeglichkeiten zur verfuegung stehen: dafuer kommen vor allem hochdruck-kugelgasbehaelter in frage.

die erzeugung von fernwaerme erfolgt am wirtschaftlichsten in anlagen mit einer kraft-waerme-kupplung, da durch die gemeinsame erzeugung von strom und fernwaerme die eingesetzte primaerenergie wesentlich besser ausgenuetzt wird. die anlage in simmering steht vor der fertigstellung. beim gasturbinenkraftwerk leopoldau ist bei bedarf die moeglichkeit fuer den einbau eines sogenannten abgaswaermetauschers fuer die fernwaermeerzeugung gegeben.

die koordinierung der leitungsgebundenen energietraeger ist vor allem auf den gebieten der heizung und der warmwasserbereitung moeglich und notwendig, weil hier grundsaeztlich vor allem gas und fernwaerme, aber auch strom eingesetzt werden koennen. durch den fortschreitenden ausbau der leitungsgebundenen energieverorgung kann die einzelofenheizung in zunehmendem masse durch umweltfreundlichere heizungsarten ersetzt werden. zielvorstellung ist eine moeglichst optimale bedarfsdeckung des "waermemarktes" vorwiegend durch erdgas und fernwaerme.

aufgrund detaillierter untersuchungen und mit hilfe eines umfangreichen statistischen datenmaterials wurde ein waermebedarfskataster fuer wien erstellt. auf dieser basis konnte mit hilfe eines edv-rechenmodells vor allem eine wirtschaftliche abgrenzung der gebiete fuer eine gas- oder fernwaermeversorgung vorgenommen werden. dadurch wurde die zuordnung bestimmter stadtgebiete zur fernwaerme- oder gasversorgung ermoeeglicht.

fuer die koordinierung der energieverorgung wurde in der generaldirektion der wiener stadtwerke ein eigener arbeitskreis geschaffen, der bis ende 1977 bereits mehr als 600 empfehlungen fuer

eine moeglichst umweltfreundliche und wirtschaftliche energielieferung von bauvorhaben abgegeben hat.

bei steigendem anteil von gas und fernwaerme an der raumheizung wird die umweltbelastung geringer. bei einer verdoppelung des anteils der leitungsgebundenen energietraeger wuerde sich zum beispiel die umweltbelastung bereits auf weniger als 60 prozent des wertes von 1975 reduzieren. eine wichtige forderung betrifft auch die bereits eingeleitete reduzierung des schwefelgehaltes von heizuelen in wirtschaftlich vertretbarem ausmass, um die umweltbelastung durch deren einsatz im nichtoeffentlichen bereich zu verringern.

auch wenn sich die prognosen ueber eine abflachung der energiebedarfskurve bestaetigen sollten, wird der finanzierungsbedarf fuer die investitionen in der energiewirtschaft in zukunft eher ansteigen als abnehmen. nicht zuletzt die mit recht gestiegenen ansprueche an sicherheit und umweltschutz tragen zusaetzlich zur erhoehung der kosten bei. der investitionsbedarf der kommunalen energielieferungsunternehmen bis 1985 bewegt sich - auf derzeitiger preisbasis - in einer groessenordnung von rund 22,5 milliarden schilling. die ertragssituation muss daher so gesteuert werden, dass die unternehmungen in der lage sind, die daraus resultierenden jaehrlichen erfordernisse auf der basis einer gesunden eigen- und fremdfinanzierung zu erwirtschaften.

die stadt wien hat bereits zu einem zeitpunkt, da es zum beispiel das wort "energiekrise" im allgemeinen sprachgebrauch ueberhaupt noch nicht gab, durch die verwertung der in den muellverbrennungsanlagen floetzersteig und spittelau anfallende waerme eine rationelle energienutzung eingeleitet. allein durch diese beiden anlagen werden gegenueber einer waermeerzeugung in heizwerken 40.000 tonnen heizuel jaehrlich gespart. die so₂-belastung der luft wird um 1.840 tonnen pro jahr verringert. ein wesentlicher beitrag zum energiesparen bereits bei der erzeugung ist die kraft-waerme-kuppelung in simmering. die groessten einsparungsmoeglichkeiten bestehen in den sektoren haushalt und kleinverbrauch. dabei ergeben sich kurzfristige moeglichkeiten wie die ueberpruefung und wartung von heizgeraeten, waehrend langfristig zum beispiel eine verbesserte waermedaemmung wirksam werden kann. es werden ueberlegungen anzustellen sein, ob und auf welche weise die derzeit bestehenden foerderungsrichtlinien, etwa im bereich des wohnungsbaus, der wohnungsverbess-

zung und der wirtschaftsfoerderung, unter dem aspekt einer sparsameren energienutzung verbessert werden koennen. eine koordinierung mit dem bund und mit den anderen laendern ist in diesem zusammenhang zweifellos zweckmaessig.

die relativ groessten energieverluste treten im bereich des individualverkehrs auf. nicht weniger als 85 prozent der eingesetzten energie bleiben ungenuetzt. durch eine gezielte foerderung der wesentlich sparsameren oeffentlichen verkehrsmittel sowie auch durch technische verbesserungen an den fahrzeugen und durch ein energiebewussteres fahrverhalten sind auf diesem gebiet spuerbare einsparungen moeglich.

die oelpreientwicklung und die probleme beim einsatz der kernenergie haben weltweit zu einer intensiveren erforschung und entwicklung von unkonventionellen energiequellen gefuehrt. im auftrag von buergermeister leopold g r a t z untersucht derzeit eine eigene arbeitsgruppe die moeglichkeiten eines einsatzes solcher energiequellen fuer wien. im bereich der sonnenenergie gibt es zum beispiel auch schon erste praktische versuche. die internationale entwicklung wird aufmerksam verfolgt.

die stadt wien ist fuer krisenfaelle in der energieverversorgung geruestet. fuer die stromversorgung bestehen vorraete, die wesentlich ueber den international empfohlenen werten fuer die krisenbevorratung liegen. die lagerkapazitaet bei den e-werken betraegt derzeit zirka 412.000 tonnen heizoel, die bei alleinigem oelbetrieb und maximaler leistung aller anlagen eine einsatzdauer von 80 tagen ermoeglichen. (ger) (forts.)

1111

gemeinderat (2):

"kultur, jugend und bildung"

9 wien, 28.6. (rk) in der weiteren behandlung des rechnungsabschlusses wurde als naechstes kapitel die geschaeftsgruppe "kultur, jugend und bildung" (amtsfuehrender stadtrat vizebuergermeisterin gertrude f r o e h l i c h - s a n d n e r) behandelt.

gr. dkfm. holger b a u e r (fpoe) forderte ein kunstfoerderungsgesetz das aussagt, wer, wofuer und unter welchen bedingungen

gefoerdert werden soll. gleichzeitig soll ein kunstbeirat eingefuehrt werden, der aus vertretern der akademie, der museen, des kulturamtes und kuenstlern besteht und der ueber die vergabe von subventionen entscheidet. das kunstfoerderungsgesetz sei umso notwendiger, da auch der kontrollamtsbericht beweist, dass in der geschaeftsgruppe "kultur, jugend und bildung" mit den steuergeldern der bevoelkerung nicht mit der noetigen sorgfalt umgegangen wird. beispielsweise werde ein theater subventioniert, das weder ueber eine konzession verfuegt, noch theaterpolizeilich genehmigt wurde. fuer das theater der jugend wurden die subventionen gleich doppelt ausbezahlt. in wien entscheidet eine innerhalb des klturamtes eingerichtete jury ueber die vergabe von foerderungen. mitglieder dieser jury haben bereits selbst foerderungen erhalten. es liege der verdacht nahe, dass die "unbefangenheit" der jury leide, und die versuchung, sich gegenseitig zu foerdern, allzu gross sei.

auch der kuenstlerische wert von verschiedenen unterstuetzten projekten sei nicht unbestritten. so werde zum beispiel ein videofilm-projekt mit 52.000 schilling subventioniert, das die beschmierung eines u-bahn-waggons zum inhalt hat.

um die konkurrenz im fremdenverkehr mit anderen staedten aufnehmen zu koennen, muesse erstens die attraktivitaet des angebotes gesteigert werden und zweitens dieses angebot moeglichst gut verkauft werden, stellte gr. s c h n e i d e r (oevp) zur situation des wiener fremdenverkehrs fest. das fremdenverkehrskonzept sei durchheine resolution ergaenzt worden, die unter anderem die verbesserung des wegweisersystems fuer die autofahrer und eine mehrsprachige information der gaeste ueber oeffentliche verkehrsmittel verlange.

das bettenangebot der gewerblichen betriebe betraegt derzeit 25.000 bettzn, wobei die kategorie a deutlich mehr ausgelastet ist. dies zeige, dass eine qualitaetsverbesserung notwendig sei. zwischen dem fremdenverkehrsverband und der hotellerie sei es kuerzlich zu einem vertragsabschluss ueber eine computerzimmerreservierung gekommen.

eine massnahme die nicht nur den gaesten, sondern auch den wienern zugutekommt, sei die foerderung der sogenannten gutbuengerlichen wiener gaststaetten, wie die oevp dies mit ihrer beislaktion

anstrebe. die oevp verstehe unter dem beisl eine gemuetliche wiener gaststaette mit typisch wienerischer kueche, ein lokal, das als "geheimtip" gerne aufgesucht wird. in wien muessen jedoch immer mehr traditionsreiche gastbetriebe, wie das cafe groepl und der "zeilinger" auf der landstrasse, zusperrren, weil sie von firmen, die hoehere mieten zahlen koennen, ausgebaut werden. da die fremdenverkehrswirtschaft dem finanzstadtrat eine gute einnahmequelle sichert, solltz diese auch finanziell staerker unterstuetzt werden. die fremdenverkehrswirtschaft ist gleichbedeutend mit freizeitwirtschaft. eine attraktivitaets- und angebotssteigerung der fremdenverkehrseinrichtungen erhoehrt gleichzeitig die lebensqualitaet der wiener. (ba) (forts.)

1143

gemeinderat (3):

"kultur, jugend und bildung" (forts)

10 wien, 28.6. (rk) in einer zeit, in der von der "theaterkrise" gesprochen wird, wurde in wien die theaterlandschaft vielfaeltiger, erklaerte gr. hermine f i a l a (spoe). mit unterstuetzung des kulturamtes entstanden das theater an der donau, das "schauspielhaus" um die gruppe gratzer, das kindertheater moki, die freie buehne wieden und die buehne der komoedianten im kuenstlerhaus.

das netz der kultur- und bildungseinrichtungen spannt sich in wien von veranstaltungen fuer kinder und jugendliche bis zu veranstaltungen fuer erwachsene. die stadt foerdert aber auch die kuenstler, die das breite angebot erst ermoeeglichen. fiala sprach sich gegen jegliche reglementierung der kuenstler ueber die gewaehrung von foenderungen aus. man ist ueberzeugt, dass sich das gute durchsetzt und es keiner vorherigen behoerdlichen reglementierung bedarf.

der begriff des beislts hat in wien eine bestimmte bedeutung. die sozialisten waren es, die die arbeiter aus den beisltn herausholten, und man sollte den begriff aendern, wenn man fuer die gute wiener gaststaette werben moechte.

fuer die altstadterhaltung wurden seit 1972 aus den mitteln des kulturschillings 200 millionen aufgewendet. damit konnten 627 objekte instandgesetzt werden. 50 millionen wurden fuer andere kulturelle

zwecke, wie zum beispiel fuer die renovierung der alten schmiede, verwendet. das sind durchaus aktivitaeten, die der zustimmung der oevp wuerdig gewesen waeren.

die sozialisten haben ihr kulturprogramm erfuehlt. in den oevp-programmen fehlen konkrete aussagen zur kulturpolitik, schloss fiata. (sei)

gr. dr. marlies f l e m m i n g (oevp) bezeichnete eine feststellung von vizebuergemeisterin froehlich-sandner, dass die jugend heute nicht besser oder schlechter als frueher sei, als konservative einstellung und nannte zahlen, aus denen ein ansteigen der jugendkriminalitaet zu entnehmen ist. die anzahl von gerichtlichen verurteilungen jugendlicher ist von 1976 mit 5.703 faellen auf 5.916 faelle im jahre 1977 angestiegen. nach polizeilichen berichten ist der anteil von kindern und jugendlichen im alter von zehn bis achtzehn jahren, die an verbrechen beteiligt waren, von 11,8 prozent im jahre 1967 auf 22,1 prozent im jahre 1976 gestiegen. insgesamt begehen kinder im steigenden ausmass verbrechen, sagte die rednerin. bei einem anteil der zehn- bis zwanzigjaehrigen von 11,9 prozent an der gesamtbevoelkerung in wien betraegt der anteil von tatverdaechtigen kindern und jugendlichen 32,71 prozent.

jede strafbare handlung eines jugendlichen ist der ausdruck eines zutiefst verstoerten Kindes. misserfolge in der schule oder im beruf und eine defizitaere familienstruktur sind die ursachen. trotzdem wird aber von sozialistischer seite die zerstoerung der buergerlichen familie weiter fortgesetzt. die oevp tritt dafuer ein, dass zur verhuetung der jugendkriminalitaet etwas getan wird und dass gestrauchelten geholfen werden muss. (smo) (forts)

1149

gemeinderat (4):

"kultur, jugend und bildung" (forts)

11 wien, 28.6. (rk) wenn man die ausfuehrungen von gr. dr. flemming hoert, so fragt man sich, ob es in wien ueberhaupt noch anstaendige kinder gibt, erklarte gr. a s c h e r l (spoe). er

./.

stellte die frage, wo es in wien jugendarbeitslosigkeit gebe.

die arbeit im ausschuss fuer kultur, jugend und bildung erfolgte in einem guten klima. eine grosse zahl von geschaeftsstuecken wurde einstimmig angenommen. jedes ausschussmitglied erhaelt weitestgehende informationen, fuer transparenz ist - gerade auch durch den kunstbericht - gesorgt. auch in kommissionen und unterausschuessen gibt es eine gute zusammenarbeit. wien ist spitzenreiter beim naechtigungszuwachs. waehrend es in vielen staedten einen rueckgang gab, verzeichnete wien in den letzten fuenf jahren einen zuwachs von fuenf prozent. besondere bedeutung kommt der wien-werbeaktion in den bundeslaendern zu. arbeiterkammer und handelskammer unterstuetzen diese massnahmen weitgehend. der kontakt zu den einzelnen bundeslaendern kann so vertieft werden. das kulturkonzept wurde erweitert und ausgebaut. das arbeitsprogramm 1973 wurde im wesentlichen erfuellt.

in der geschaeftsgruppe kultur, jugend und bildung steht man immer wieder vor neuen problemen, muessen immer wieder neue wege gesucht, initiativen gesetzt werden. im juli finden zum beispiel in wien die ersten jugendtheatertage statt. 15 junge theatergruppen aus sieben laendern werden in haeusern der begegnung auftreten. das programm bis zum jahr 1983 ist bestrebt, bestehendes auszubauen und neue impulse zu setzen. es wird die moeglichkeit geschaffen, die arbeit im sinne des kulturprogramms kontinuierlich fortzusetzen.

(ger) (forts.)

1154

gemeinderat (5):

"kultur, jugend und bildung" (forts)

13 wien, 28.6. (rk) ueber das grosse, weitaufgefaecherte angebot an einrichtungen fuer die kinder- und jugendlichen berichtete gr. h a n k e (spoe). der versuch, probleme von jungen menschen zu loesen, beziehungsweise diese zu vermeiden, beginnt schon bei dem kontakt der sozialarbeiter mit den eltern. im november 1977 wurde ein familienzentrum eroeffnet, dass einmalig fuer ganz oesterreich ist. durch die vielfaeltige ambulante jugendarbeit, die bis

./.

zur telefonerziehungsauskunft reicht, ist die zahl der kinder, die in heime der stadt wien eingewiesen werden mussten, ruecklaeufig. wien sei die kinder- und jugendfreundlichste stadt oesterreichs. in wien gab es 1977 22.000 beratungsfaelle, in den uebrigen bundeslaendern 10.000. die kinderurlaubsaktionen wurden in oesterreich von 24.000 kindern besucht, davon in wien allein von 15.400 kindern. im gesamten bundesland gibt es 25 sonderkindergaerten, davon 9 allein in wien. an kleinkinderkrippen stehen in wien 233 gruppen mit 4.500 kindern zur verfuegung, in niederoesterreich, oberoesterreich, salzburg und der steiermark gibt es zusammen 680 plaetze, in den uebrigen bundeslaendern keine plaetze. von 1973 bis 1978 konnten in wien fuer 3.000 kinder zusaetzliche kindergartenplaetze gesichert werden. damit liegt wien mit einer bedarfsdeckung von 75 bis 80 prozent an der spitze oesterreichs. praktisch bedeutet dies, dass jedes kind in wien, das einen kindergartenplatz braucht, ihn auch bekommt.

fuer den schulneubau sind in den letzten fuenf jahren 1.134 millionen schilling fuer 22 neue schulbauten ausgegeben worden. dabei wurde vorausschauend geplant, so dass manche schulen schon vor der bedarfsnahme bereitstanden. die ganztagschulen und die integrierte gesamtschule haben sich bestens bewaehrt. sie werden so gut besucht, dass sie der oevp ein dorn im auge sein muessen. wenn sich die oevp auch einig in ihrer ablehnung moderner schulmodelle ist, so soll das schulreformwerk doch nicht unter der starren haltung der oppositionspartei leiden. gr. hanke stellte einen a n t r a g , in dem der buergermeister gebeten wird, an den unterrichtsminister mit dem ersuchen heranzutreten, dem nationalrat eine regierungsvorlage fuer eine 6. schulorganisationsnovelle zuzuleiten, die die schulversuchszeit auch weiterhin erstreckt.

in ihrer ausfuehrung ueber die jugendkriminalitaet habe gemeindefrauetin marilies flemming mit falschen zahlen jongliert. nach der statistik des praesidenten des wiener jugendgerichtshofes habe es in der zeit vom 1. jaenner bis 15. mai 1971 682 strafakte gegeben, im selben zeitraum im jahr 1978 679 strafakte. besser als die kritik an der jugend sei es, fuer die jugendlichen zu arbeiten. die stadt wien stellt mit 17 jugendzentren ein grosses freizeitangebot zur verfuegung. fuer die kommenden ferien appellierte gr. hanke an alle eltern, daran zu denken, dass kinder meist mehr interesse an robinson-romantik, als an weiten reisen haben. (ba) (forts.)

k o m m u n a l :

=====

gemeinderat (6):

"kultur, jugend und bildung" (forts)

14 wien, 28.6. (rk) im kulturausschuss gab es ein hohes ausmass an uebereinstimmung, erklarte gr. prof. b i t t n e r (oevp). die ursache liegt darin, dass in der verwaltungsarbeit vieles frei von ideologischen fragen erledigt werden kann. daher sollte man die einstimmigen beschlusse nicht bloss zaehlen und die summe als ein mass fuer die uebereinstimmung nehmen, sondern genau abwaegen, wo zugestimmt wurde, und wo eine ablehnung erfolgte.

unterschiedlicher meinung war man in der verwendung des kulturschillings, in der subventionspraxis, in der zu geringen foerderung der freien jugendarbeit, in der bewertung einzelner schulversuche und in der benachteiligung wiens durch den bund bei den wiener symphonikern und bei den wiener festwochen.

zur gesamtschule gibt es innerhalb der spoe sehr verschiedene und sehr widerspruechliche aussagen. unterrichtsminister dr. sinowatz agiert als "beschwichtigungshofrat", um vor allem die aeusserungen der jung-sozialisten abzuschwaechen. bittner stellte fest, dass in oesterreich alle schulen fuer jeden schueler offen sind, und dass es keine diffamierung gegenueber speziellen gruppen gibt. weiter kritisierte er, dass in wien der schulversuch von tagesheimschulen nicht durchgefuehrt wird.

der jugendtourismus geht in wien zurueck. allein 1977 gab es in den jugendgaestehausern poetzleinsdorf und huetteldorf um 8.000 naechtigungen weniger. dazu kommt, dass diese haeuser mit einem sehr hohen abgang arbeiten, der unbegreiflich ist. bittner gab zu ueberlegen, ob nicht wie in anderen bundeslaendern jugendgaestehaeuser durch private organisationen gefuehrt werden sollen. (sei)

gr. p r o c h a s k a (oevp) bestritt die familienfreundlichkeit der sozialistischen politik. die leistungen in wien sollen nicht geschmaelert werden, gegenueber anderen bundeslaendern muss man jedoch bedenken, dass struktur und bedarf in einem solchen ballungs-

raum anders sind als auf dem lande. die sozialisten nuetzen den familienausgleichsfonds fuer artfremde leistungen aus. ursache da-fuer ist nicht nur die chronische leere des staatssaeckels, sondern sind auch ideologische gruende, um den staatsbuerger zum almosen-empfaenger zu degradieren. in den fonds wird nicht nur ein loch ge-rissen, sondern der finanzminister hat ihn um 15 prozent, das sind drei milliarden, gekuerzt. die zuletzt gepriesene erhoehung der familienbeihilfen betraegt in wirklichkeit nur 5 schilling pro familie, wenn man die abgeschaffte steuerermaessigung und andere regelungen in betracht zieht.

es stimmt nicht, dass 300.000 familien mit 600.000 kindern den vorteil der beihilfenerhoehung erhalten, denn viele familien sind in die steuerprogression gerutscht. damit ist ein weiterer rueckstand der familien am wohlstand in diesem lande erfolgt. familien muessen nun genau so hohe steuern zahlen wie Ehepaare ohne kinder, das ist in europa einzigartig. ueberhaupt werden bei der beihilfe familien mit mehr kindern benachteiligt. durch zahlungen muesste es muettern ermoeglicht werden, zu hause zu bleiben, um die kinder in der familie zu erziehen anstatt in ersatzeinrichtungen erziehen zu lassen. "kinderfreunde" mag es unter den sozialisten geben, aber keine freunde der familien. (smo) (forts)

1325

gemeinderat (7):

"kultur, jugend und bildung" (schluss)

15 wien, 28.6. (rk) es ist ein zentrales anliegen der sozialisti-schen bewegung, der familie bei der bewaeltigung ihrer aufgaben zu helfen, erklarte vizebuergermeisterin gertrude f r o e h l i c h - s a n d n e r (spoe). die sozialisten messen der familie besondere bedeutung bei. froehlich-sandner wandte sich gegen das andichten einer familienfeindlichkeit. die wahren gegner einer fortschrittli-chen familienpolitik sind jene, die an ueberholten rollenbildern festhalten oder fuer elitaere bildungseinrichtungen eintreten.

die jugend braucht zuwendung, hilfe und gemeinschaft. um dieses

./.

verstaendnis wirbt die sozialistische bewegung. ein mehr an freizeit erfordert auch ein mehr an entsprechenden oeffentlichen einrichtungen. dazu gehoeren unter anderen die vielen sportanlagen, kulturellen einrichtungen, die schulen als staetten der begegnung. die turnsaele in den schulen werden von vereinen genuetzt.

kindergarten- und schulraum soll in neubaugebieten zum zeitpunkt der wohnungsbesiedlungen zur verfuegung stehen. werden wohnbauvorhaben zurueckgestellt, so verschiebt sich auch der bau der schulen und kindergaerten.

froehlich-sandner stellte die frage, warum auch zwanzig privatschulen schulversuche durchfuehren, wenn diese so negativ sind. an "ganztagschulplaetzen" hat die oeffentliche hand nicht die meisten. der entwurf ueber die akademie der preistraeger der stadt wien wird zur begutachtung ausgesendet.

froehlich-sandner wuerdigte die grossen leistungen des bundes auf dem gebiet der familienpolitik, der sozialpolitik und der wirtschaft sowie die hilfe bei der gruendung von theatern.

die beziehung von beiraeten in vielen foerderungsfaelen hat beispielgebend gewirkt. die foerderung erfolgt nicht nach dem giesskannenprinzip, gezielte massnahmen werden gesetzt.

der vorliegende kulturbericht ermoeglicht ein hohes mass an transparenz. noch nie gab es so viele neue aktionen, wurden so viele neue modelle entwickelt, neue theater gegrueudet und wertvolle baustanz gerettet wie in den letzten fuenf jahren.

um die jahrhundertwende haben viele menschen, die es sich leisten konnten, das wochenende ausserhalb der stadt im gruenen verbracht. von "stadtflucht" wird erst gesprochen, seit sich dies auch die arbeitende bevoelkerung leisten kann.

schon vor jahren wurden gespraechе mit der interessensvertretung der kaffeehaeuser gefuehrt, hilfe wurde angeboten in form der unterschutzstellung von kaffeehaeusern, jedoch nicht angenommen. nun ist es gelungen, ein programm vorzubereiten, um den kaffeehaeusern zu helfen. froehlich-sandner gab der hoffnung ausdruck, dass dieses angebot diesmal angenommen wird.

die kulturpolitik ist mehr als kunstpolitik. sie erfordert eine ganzheitliche betrachtung gesellschaftlicher fragen. sie schliesst zum beispiel auch die humanisierung der arbeitswelt ein. ihr herzstueck ist die bildungspolitik. (ger) (forts)

k o m m u n a l :

=====

gemeinderat (8):

geschaeftsgruppe "personal und sport"

16 wien, 28.6. (rk) anschliessend wurden die beratungen ueber die geschaeftsgruppe "personal und sport" (amtsfuehrender stadtrat kurt h e l l e r) aufgenommen.

im kontrollamtsbericht finden sich ueber sport nur sechs zeilen, erklaerte gr. dr. h i r n s c h a l l (fpoe). ein grosser teil der subventionen ist an bestimmte verwendungsaufgaben geknuepft. bei der stadthalle besteht ein zweifel an der zweckmaessigen verwendung der mittel. das kontrollamt sollte sich mit dieser frage einmal beschaeftigen.

der rechnungsabschluss weist mit 235 millionen schilling fuer den sport um 48 millionen mehr aus als der budgetansatz. von den 84 millionen baulichen investitionen entfallen allerdings vier fuenftel auf den reparaturfonds der stadthalle, das hallenstadion und das weststadion. fuer andere massnahmen blieb nicht viel uebrig.

der oft versprochene sportstaettenleitplan liegt noch immer nicht vor. das budget 1979 sollte sich bereits nach einem solchen zielplan orientieren.

dr. hirnschall regte an, einen versuch zu machen, die verantwortung bei der benuetzung von turnsaelen einzelnen funktionaeren zu uebertragen. ein anliegen sei auch die oeffnung der schulsportplaetze in den ferien. sportstudenten koennten als ferialpraktikanten eingesetzt werden. es ist volkswirtschaftlich nicht zu vertreten, turnsaele und schulsportplaetze nicht optimal zu nuetzen. dies darf nicht an der schulverwaltung oder an den schulwarten scheitern.

wichtig waere ein sportstaettenfoederungsgesetz. die totale kommunalisierung der sportstaetten kann kein erstrebenswertes ziel sein. wo vereine selbst bereit sind, sportstaetten zu schaffen und zu erhalten, sollten sie anspruch auf hilfe haben. (ger)

eine lanze fuer die beamtenschaft im wiener rathaus brach gr.

t r a i n d l (oevp). es gaebe kein besseres modell als die derzeitige verwaltung. wenn jemand zu kritisieren sei, dann nicht die beamten und sachreferenten, sondern die regierungspartei, der es nicht gelungen ist, die beamtenschaft so zu motivieren, dass sie ihre ziele erreichen konnte. auch dem informationsdienst der stadt wien sei es nicht gelungen, in der bevoelkerung das negative bild der beamtenschaft und der buerokratie abzubauen. der magistratsdirektor saehe lieber statt des buerokratischen systems ein monokratisches, der buergermeister habe seine unzufriedenheit mit der verwaltung anlaesslich des reichsbrueckeneinsturzes deutlich zum ausdruck gebracht. der buergermeister habe es jedoch unterlassen, die beamtenschaft so heranzuziehen, dass sie zu selbstaendigen mitarbeitern wurden. statt der grossangekueendigten reform wurden bereichsleiter eingesetzt, die jedoch nicht zur besonderen verwendung, sondern zur besseren verwendung gedacht sind. der magistratsdirektor wurde zum superressortleiter. wenn das alle massnahmen zur verwaltungsreform sein sollen, so wurde die verwaltung nicht besser, sondern teurer, nicht effizienter, sondern buerokratischer. (ba) (forts.)

1416

gemeinderat (9):

personal und sport (forts)

=++++

18 wien, 28.6. (rk) die mitarbeiter der stadt haben bei der gewerkschaftswahl gezeigt, welchen argumenten sie glauben, erklarte gr. k o p f e n s t e i n e r (spoe). die sozialisten wissen von der hervorragenden dienstleistung der beamten und sie bringen ihren dank auch immer wieder zum ausdruck.

die stadt wien beschaeftigt derzeit an die 4.000 lehrlinge. damit ist sie eine der groessten ausbildungsstaetten. in einer zeit, in der die geburtenstarken jahrgaenge in das berufsleben eintreten, kommt die stadt ihrer verpflichtung nach, den jungen menschen den uebertritt in das berufsleben zu ermoeeglichen.

im jahr 1977 wurden fuer die beamten weitere verbesserungen erzielt. so gab es verbesserungen im urlaubsrecht, die einfuehrung der pflegefreistellung, die allein in wien auch fuer die betreuung von

geschwistern, stiefeltern und stiefkindern gilt, und im jahre 1978 werden den wiener gemeindebediensteten zwei tage mehr urlaub gewahrt.

in der frage der privatisierung verwies kopfensteiner auf den einheitlichen beschluss der gewerkschaft der gemeindebediensteten, der einer privatisierung sehr reserviert gegenuebersteht. (sei)

(forts)

1458

gemeinderat (10):

personal und sport (schluss)

19 wien, 28.6. (rk) str. h e l l e r (spoe) berichtete, dass ende 1977 57.842 bedienstete beschaeftigt waren, davon 43.124 beim magistrat und 14.718 bei den stadtwerken. das waren um 452 mehr als im voranschlag vorgesehen war. die zahl der pensionisten betrug 34.920 um 206 weniger als 1976. insgesamt befanden sich 3.950 bedienstete in ausbildung, davon 1.174 lehrlinge. an auslaendischen arbeitskraefte waren 4.494 beschaeftigt, ueberdies setzte der magistrat 109 zivildienere ein. im rechnungsjahr erfolgten 7.209 neuaufnahmen. waehrend auf dem personalsektor 1976 ein mehrerfordernis von 24,2 millionen notwendig war, kam es 1977 zu einem mindererfordernis von 107,5 millionen. der personalanteil am gesambudget ist von 31,5 (1976) auf 30,5 (1977) gesunken. vom kontrollamt gab es keinerlei beanstandungen. es gab auf dem personalsektor keine nennenswerten auseinandersetzungen - ein nicht zu unterschaezender vorteil, wenn man hoert, dass in anderen grosstaedten streiks zu betraechtlichen beeintraechtigungen der muellabfuhr und anderer einrichtungen fuehrten. in den letzten fuenf jahren wurden in personalangelegenheiten insgesamt 19 neue gesetze und novellierungen beschlossen, die zum guten betriebsklima beigetragen haben. darunter sind so wichtige regelungen, wie die arbeitszeitverkuerzung auf 40 wochenstunden, 4 wochen mindesturlaub, ein verbilligtes mittagessen etc.

grosse anstrengungen wurden zur aus- und weiterbildung gemacht: seit maerz 1977 gibt es eine eigene verwaltungsakademie, 18 vorbereitungskurse fuer dienstpruefungen wurden abgehalten und

118 veranstaltungen fuer die fortbildung mit 4.500 teilnehmern durchgefuehrt.

vorbereitet und praktisch beschlussreif gemacht wurden ein landes-personalvertretungsgesetz und vertragsbedienstetengesetz. auf grund ausstehender bundesregelungen konnten sie noch nicht vorgelegt werden. an einer modernisierung des veralteten disziplinarrechtes wird gearbeitet. einem auftrag des buergermeisters entsprechend wird eine bereinigung der wiener rechtsvorschriften vorbereitet, nicht weniger als 11.500 solcher vorschriften sind zu ueberpruefen.

auf dem sportsektor wurden 48,1 millionen s mehr ausgegeben als vorgesehen war. das ziel ist nach wie vor, moeglichst viele menschen zur aktiven koerperlichen betaetigung anzuregen. ein umfangreiches sportstaettenangebot wurde zur verfuegung gestellt. in allen alterskategorien hat die beteiligung zugenommen. allein die anlagen der stadthalle wurden im rechnungsjahr von mehr als 312.000 aktiven genuetzt, die sechs sporthallen der stadt wien benuetzten 187.000 aktive, darueber hinaus wurden 400 turnsaele stark besucht.

an der aktion der "sportplaetze der offenen tuer" beteiligten sich 42.544 kinder und mehr als 3.000 erwachsene. der bedarf war jedoch nicht in allen stadtteilen gleich, so dass einige dieser sportplaetze wegen geringer frequenz geschlossen, andere sportplaetze in anderen gebieten jedoch geoeffnet wurden. gut besucht waren auch spezialaktionen, wie talent-leistungsschwimmen und talent-turnen, besonders fand aber die kunststoff-loipe anklang - 11.000 kinder benuetzten sie. die jugend-eislaufaktionen hatten schliesslich mehr als 33.000 teilnehmer.

als bedeutungsvoll hat sich die novelle zur vergnuegungssteuer erwiesen: sportveranstaltungen koennen von der steuer befreit werden beziehungsweise kann eine steuerrueckverguetung erfolgen. nicht immer wird von veranstaltern davon gebrauch gemacht. die subventionspraxis richtet sich im wesentlichen nach den vorschlaegen des landessportrates, und es gab keine nennenswerten klagen. aus den bundessportfoerderungsmitteln hat wien 4,650.000 s erhalten. die bedeutung wiens auf sportlichem gebiet zeigen die im vergangenen jahr stattgefundenen weltmeisterschaften im eishockey, im handball und im junior-radfahren. auch 1978 finden eine weltmeisterschaft und eine europameisterschaft in wien statt, und fuer 1979 sind die eiskunst-

lauf-weltmeisterschaften vorgesehen. 1982/83 sollen die ruder-weltmeisterschaften in wien stattfinden.

zu einigen in der diskussion aufgeworfenen fragen erklarte heller: die mieten der stadthalle werden vom kontrollamt ueberprueft, und es werden nur gerechtfertigte mieten gezahlt. ein sportstaettenleitplan wird im rahmen des stadtentwicklungskonzeptes ausgearbeitet. ob eine benuetzung der turnsaele an freitagen moeglich ist, wird derzeit geprueft. bei gespraechen mit den schulwarten zeigten diese grosses verstaendnis, wiesen aber darauf hin, dass dieser tag ihr hauptreinigungstag ist. es wird geprueft, ob die reinigung durch private firmen finanzierbar ist. geprueft wird auch, ob turnplaetze und turnhoefe der schulen notfalls geoeffnet werden koennen. echte schulsportplaetze gibt es kaum in wien. ein sogenanntes sportfoerderungsgesetz, wie es gewuenscht wurde, scheint nicht zweckmaessig zu sein. mit zinsenzuschuessen ist naemlich vereinen bei errichtung von sportstaetten kaum gedient. vereine sind kaum in der lage, sportstaetten zu errichten, sie haben schon schwierigkeiten mit den betriebskosten. man braucht weniger ein gesetz als mehr geld, das nicht immer im erforderlichen ausmass zur verfuegung steht.

(smo) (forts)

1528

gemeinderat (11):

"inneres und buergerservice"

20 wien, 28.6. (rk) anschliessend wurde das kapitel "inneres und buergerservice" (amtsfuehrender stadtrat peter s c h i e d e r) beraten.

vor fuenf jahren wurde eine eigene umweltschutzabteilung geschaffen, erklarte gr. dkfm. b a u e r (fpoe). damals betrug der finanzielle ansatz fuer diese abteilung 0,03 prozent des gesamtbudgets. in fuenf jahren wurden die aufwendungen nur auf 0,04 prozent des gesamtbudgets erhoehrt. fuer den umweltschutz sind aber nicht nur die hoehe der finanziellen ansaetze, sondern auch gesetze, verordnungen und planung wichtig. die internationalen grenzwerte der luftverschmutzung werden in wien zeitweise und oertlich ueberschritten. dkfm. bauer stellte die frage, wo luftreinhalteplaene, alarmplaene,

emissionsbegrenzungen, wo die foerderung umweltfreundlicher heizungsarten, die foerderung der waermedaemmung sind.

die gesundheitsgefaehrdung durch laerm ist wissenschaftlich nachweisbar. was ist ausser messungen geschehen? wo sind grenzwertfestsetzungen, wo eine genehmigungspflicht fuer laermintensive anlagen, wie schaut es mit strassen- und schienenschallschutzverordnungen aus?

vor drei jahren hat die fpoe bereits einen antrag gestellt, sich mit dem problem des wassers rasch auseinanderzusetzen. so wurde der vorschlag gemacht, vorschreibungen ueber die lagerung und den transport von wassergefaehrdenden stoffen zu erlassen und die verbraucher ueber gewaesserschonende wasch- und reinigungsmittel zu informieren.

die zunahme der abfallmengen stellt ein ernstes umweltschutzproblem dar. die wiedergewinnung von rohstoffen aus abfaellen wird zunehmend wirtschaftlich. es gab keine rigorose unterbindung der wilden ablagerungen, kein altoelgesetz, keine anzeigespflicht fuer anlagen, in denen sonderabfaelle entstehen, wurden geschaffen. der vorschlag, einwegbehaeltnisse zu verbieten, wird jetzt nach mehreren jahren vom handelsminister aufgegriffen.

wegen der zunehmenden physischen und psychischen belastung der menschen in der grosstadt kommt der sicherung von gruen- und erholungsflaechen und der verbesserung der umweltbedingungen groesste bedeutung zu. dem steht eine staendige einengung und gefaehrdung der staedtischen erholungsbereiche gegenueber. der umweltschutz ist immer noch eine soziale herausforderung, weil sich auch heute nicht jeder einen zweitwohnsitz ausserhalb der stadt oder ein auto leisten kann.
(ger)

wenn man die bilanz zur fuenfjaehrigen sozialistischen stadtverwaltung ziehe, so muesse man feststellen, dass die verwaltungsreform gescheitert sei, die budgetierung im argen liege und teure propaganda mit steuergeldern betrieben wird, ohne die buerger der stadt echt zu informieren, stellte gr. dkfm. dr. maria s c h a u - m a y e r (oevp) fest. beispielsweise ahnen die wenigsten buerger in dieser stadt, dass es eine eigene umweltschutzabteilung gibt. dies sei die vernichtendste kritik ueber eine abteilung, die allgegen-

waertig in der grosstadt sein sollte. der praktische und politische schwerpunkt des schieder-ressorts bleibe im titel der geschaeftsgruppe verborgen: es ist die propaganda, die die sozialisten im rathaus immer wieder mit parteipropaganda verschmelzen. juengste beispiele sind die ausstellung "eine chance fuer die frau" und das verregnete innenstadtfest des buergermeisters.

fuer diese pr-arbeit sind in den letzten fuenf jahren rund eine halbe milliarde schilling ausgegeben worden. haette die spoe nur einen teil des betrages fuer echte information verwendet, haette sie ein bluhendes wien initiieren koennen, meinte schaumayer.

das buergerservice erschoepfe sich in wandtafeln und broschueren. die gesamte organisation der stadtverwaltung sei jedoch nicht buergermaeher geworden. schliesslich sei der einsatz von beratungsstellen ja nur dann noetig, wenn der buerger sich die frage nicht mehr selbst beantworten koenne. die oevp hat ein programm erstellt, in der der buerger nicht berieselt und bevormundet wird, sondern zu eigenstaendiger mitarbeit fuer die stadt animiert werden soll. (ba) (forts)

1543

gemeinderat (12):

inneres und buergerservice (forts)

22 wien, 28.6. (rk) in den letzten jahren wurden die erholungseinrichtungen wesentlich verbessert, erklarte gr. n u s s b a u m (spoe). im jahr 1977 begann man, die beserlparks umzugestalten und neu herzurichten. im 4. und im 7. bezirk entstanden neue attraktive gruenflaechen. insgesamt betreut das stadtgartenamt 22 quadratkilometer gruenflaeche.

der baumschutz ist einer der wichtigsten aufgaben. allein 1977 wurden ueber 7.500 neue baeume gepflanzt. nussbaum fragte, ob in zukunft bei neupflanzungen mehr baumarten verwendet werden? dadurch koennte das stadtbild aufgelockert werden. zur sicherheit der bevoelkerung wurden der rayonsdienst wieder eingerichtet, planquadrataktionen durchgefuehrt, die ueberwachung der parks verbessert und mehr polizeischueler eingestellt. (sei)

gr. b r a u n (spoe) erklarte, dass der presse- und informationsdienst wesentlich dazu beigetragen hat, dass die gesamtein-

richtungen der stadtverwaltung der bevoelkerung nahe gebracht werden. besonders hervorzuheben ist "wien aktuell", das aus einem schattendasein vor wenigen jahren zu einer zeitschrift geworden ist, die allgemein anerkannt wird. sie bringt immer wieder wichtige beitraege, die sich besonders dadurch auszeichnen, dass sie die zusammenhaenge und hintergruende darlegen. aus einem der letzten monatsthemen ueber "wirtschaft" war zum beispiel ersichtlich, dass die tatsachen im gegensatz zur oevp-darstellung einer duesteren wirtschaftsentwicklung stehen: in wien gibt es die hoechste vollbeschaeftigung, und die wiener wirtschaftspolitik hat auch zur vollbeschaeftigung in anderen bundeslaendern beigetragen. wider besseres wissen hat frau gr. dr. s c h a u m a y e r behauptet, dass nur propaganda und keine information geboten wird. sie hat naemlich in allen betreffenden ausschussberatungen nie eine sachliche kritik vorgebracht und namens ihrer fraktion in allen wesentlichen punkten den informationsvorhaben zugestimmt. die sozialisten sind um information fuer die bevoelkerung bemueht, um den strukturwandel der stadtverwaltung von der hoheitsverwaltung zum dienstleistungsbetrieb klar zu machen und die dienstleistungen anzubieten. mit mehr information soll aber auch dem buerger mehr einfluss gesichert werden, er soll mehr aktiviert werden, an der gestaltung teilzunehmen und mitzuarbeiten. das ist ein wesentliches instrument der demokratie. bessere information, buergerservice und ausbau des pid war ein wahlversprechen - es wurde gehalten.

auch bei der rohstoffwiederverwertung ist man neue wege gegangen: fuer das amtsblatt, fuer verordnungen und kundmachungen wird altpapier verwendet. das sind immerhin 35 tonnen papier jaehrlich oder 700 baeume, die nicht gefaellt werden muessen. im rahmen des buergerservices wurden zahlreiche aktivitaeten gesetzt: informationstafeln in den wohnhaeusern, ausbau der stadtinformation, mobile auskunftsstellen bei planungsvorhaben und neuen flaechenwidmungs- und bebauungsplaenen etc. der "ratgeber fuer wiener" und das mobile buergerservice tragen wesentlich dazu bei, dass bei problemen geholfen wird. die information ist aber gleichzeitig aufklaerung ueber aktivitaeten - und das ist der oevp unangenehm.

auch zur laermbekaempfung ist bereits viel geschehen. ein laermbericht wurde ausgearbeitet. an stark befahrenen strassen wurden

laermschutzwaelle errichtet, wie etwa in der per albin hansson-siedlung ost oder in der brigittenau an der leipziger strasse. an stadtrat schieder richtete gr. braun die frage, wann derartige schutzmassnahmen auch fuer die per albin hansson-siedlung west und nord und die wienerfeldsiedlung west getroffen werden.

zum kapitel sicherheit: die sicherheitskonferenz und der sicherheitsplan waren auftakt fuer andere aktivitaeten. im vergleich mit anderen grosstaedten, wie aus dem neu vorliegenden bericht "sicherheit in europa" hervorgeht, ist wien eine der sichersten staedte. umso befremdlicher ist es, wenn von gr. flemming der eindruck erweckt wird, als haette die jugendkriminalitaet in wien einen hoehepunkt erreicht. die oevp wird nicht muede, unsicherheit zu verbreiten - offenbar deshalb, weil sie bisher mit dieser methode keinen erfolg gehabt hat. der gesamtheit der jugend, von der mehr als 90 prozent ein voellig geordnetes leben fuehren, wird damit kein guter dienst erwiesen, wenn man die kriminelle minderheit in den vordergrund stellt. insgesamt erweist sich die geschaeftsgruppe inneres und buergerservice als wichtiges gebiet zur verwirklichung der demokratie in allen bereichen. (smo) (forts)

1630

gemeinderat (13):

inneres und buergerservice (forts)

23 wien, 28.6. (rk) die vorbereitung der ausstellung "wien - eine chance fuer die frau" war bezeichnend dafuer, wie sehr alle, die mitarbeiten wollten, dies auch konnten, stellte stadtrat s c h i e d e r (spoe) fest. die ausstellung wurde nicht nur magistratsintern vorbereitet, sondern auch gemeinderaetinnen - auch der oevp - waren daran beteiligt. die ausstellung war notwendig und fand auch entsprechende wuerdigung.

einerseits werden eine genaue vorbereitung und kostenaufstellungen bei veranstaltungen verlangt, andererseits wird kritisiert, wenn das tatsaechlich geschieht. natuerlich werden die antraege an den ausschuss gruendlich vorbereitet. gute vorarbeit wird geleistet, dann entscheidet der ausschuss. im ausschuss besteht eine grosse bereitschaft zu auskuenften, weil es nichts zu verbergen gibt. bei der

veranstaltung in der innenstadt stand das programm fest, offen war nur die frage der teilnahme des kardinals.

gerade beim laermschutz gibt es einen kontakt mit den betroffenen, mit den bezirksvorstehern, mit den zustaendigen abteilungen. dies ist ein beispiel fuer angewandtes buergerservice.

die behauptung, dass nur 0,04 prozent des gesambudgets fuer umweltschutz ausgegeben werden, stimmt nicht. hier handelt es sich nur um die ausgaben der magistratsabteilung 22. aber auch zum beispiel 359 millionen des stadtgartenamtes, 426 millionen der kanalisation, 933 millionen der wasserwerke und eine milliarde der stadtreinigung gehoeren zum umweltschutz.

bei der vereinbarung ueber den schwefelgehalt im heizoel hat man es sich nicht einfach gemacht. hier wurde eine regelung mit dem bund und den bundeslaendern gefunden. diese vereinbarung hat den landtag gebunden. jetzt werden landesgesetzliche bestimmungen erlassen werden. der umweltschutz ist eine komplexe materie, da verschiedene sachgebiete, sowohl in den bereich des bundes als auch der laender fallen. bei der vereinbarung ueber den schwefelgehalt hat man sich nicht irgendeiner regelung angeschlossen, sondern trotz der verfassungsrechtlichen situation einen weg gefunden, der fuer ganz oesterreich eine verbesserung der luftsituation bringt.

1975 wurde die verordnung zur reinhaltung von verkehrsflaechen und privatgrundstuecken erlassen. sie wurde raschest gehandhabt. es ist eine moderne regelung, die eine ungestrafte verschmutzung verhindert.

auch in der frage des laerms gibt es eine lange liste von massnahmen, die getroffen wurden.

in der frage der einwegflaschen habe er schon 1976 einen appell an brauereien und getraenkehersteller gerichtet, erklarte schieder. ende 1976 wurde an den bund appelliert, von seinen moeglichkeiten auf diesem gebiet gebrauch zu machen. dies wurde rasch aufgegriffen. aufgrund unserer initiative kommt es jetzt zu einer regelung, stellte schieder fest.

gerade heute wurde in der landesregierung eine kanalgrenzwertverordnung beschlossen, eine wichtige massnahme des umweltschutzes. auf dem gebiet des recyclings geht die stadt wien mit gutem bei-

spiel voran. so wird das gesamte altpapier im rathaus gesammelt. das amtsblatt wird aus altpapier hergestellt. altpapier und altglas werden getrennt gesammelt.

in der bauordnung 1976 sind zum beispiel die schaeerfsten schallschutzbestimmungen fuer aussenwaende in ganz europa verankert. das garagengesetz enthaelt einen schutz vor der gefaehrdung durch tankstellen. es gibt auch ein eigenes baulaermgesetz.

das parkprogramm wird selbstverstaendlich fortgesetzt. gerade in kleinen anlagen gibt es ein spezifisches erholungsbeduerfnis. hier koennen die menschen fuer kurze zeit ruhe finden. gerade in den letzten jahren hat sich das stadtgartenamt darum bemueht, bei baumpflanzungen fuer eine vielfalt der sorten zu sorgen. die vielfalt des gruens wurde vermehrt. seit 1973 wurden 77.500 baeume gepflanzt.

hoeheren materieller wohlstand und lebensqualitaet sind keine gegensaeetze. es waere nicht zielfuehrend, umweltschutzprobleme dadurch zu loesen, dass menschen jener wohlstand vorenthalten wird, den kleine privilegierte gruppen schon besitzen. es sind die voraussetzungen dafuer zu schaffen, dass die gesamtbevoelkerung in den genuss des hoeheren wohlstands gelangt, ohne dass die lebensqualitaet leidet. verstaerkter schutz von luft, wasser und gruenflaechen ist ein gebot der stunde. gerade der umweltschutz ist eine echte herausforderung der kommunalpolitik, eine herausforderung, die wir gerne annehmen, schloss schieder. (ger) (forts)

1717

gemeinderat (14):

"inneres und buergerservice" (schluss)

24 wien, 28.6. (rk) gr. dkfm. holger b a u e r (fpoe) stellte fest, dass stadtrat schieder einige seiner fragen nicht beantwortet habe. unter anderen: welche foederungsmassnahmen fuer umweltfreundliche heiztechnikenhvorgesehen werden, welche moeglichkeiten es gibt, den industrielaerm einzuschraenken, das trink- vom nutzwasser zu trennen, wie weit es mit der erstellung einer strassen- und schienenschallschutzverordnung sei, welche vorschreibungen es fuer das lagern und transportieren von wassergefaehrdenden stoffen gaebe, ob ein verbot fuer umweltfeindliche verpackungen erlassen werde und

schliesslich, wann ein sondermuell- und ein altoelgesetz vorgelegt werde.

sondermuellgesetz und altmuellgesetz seien eine angelegenheit der bundesregierung. als mitglied der landesregierung koenne er, schieder, ein derartiges gesetz nicht vorlegen, weil er gar nicht dazu befugt sei, antwortete stadtrat s c h i e d e r. der strassen- und schienenschallschutz werde durch generelle normen bei der planung geregelt. die trennung von trink- und nutz-wasser sei auf grund des leitungssystems kaum durchfuehrbar. werden die normen zum schall- und waermeschutz erfuehrt, so kann der erbauer um die baubewilligung und natuerlich um eine foerderung einreichen. zu der frage nach den luftreinhalteplaenen stellte schieder fest, dass erst eine vereinbarung ueber den schwefelgehalt im heizuel mit dem bund getroffen werden musste, bevor nun landes-gesetzliche Bestimmungen erlassen werden koennten. (ba) (forts.)

1720

gemeinderat (15):

rechnungabschluss angenommen

25 wien, 28.6. (rk) die antraege zum rechnungsabschluss 1977 wurden bis auf eine ausnahme mit den stimmen der spoe angenommen. allein der antrag, 190 millionen nicht verwendete mittel fuer den u-bahn-bau sowie die ertraegnisse der bundeskraftfahrzeugsteuer in der hoehe von 308 millionen einer sonderruecklage fuer den u-bahn-bau zuzufuehren, wurde einstimmig angenommen. ebenso einstimmig angenommen wurden die erstellung des inventars und der kontroll-
 amtsbericht ueber wichtige wahrnehmungen im geschaeftsjahr 1977.

innerhalb der debatte wurden drei antraege gestellt. zwei antraege der fpoe ueber den verkauf der gastronomischen betriebe der wiener holding sowie ueber die missachtung des kontrollamtsberichtes durch die geschaeftsfuehrung der wiener stadthalle wurden dem gemeinderatsausschuss fuer finanzen und wirtschaft zur behandlung zugewiesen. ein spoe-antrag, der die fortsetzung der schulversuche in wien verlangt, wurde mit den stimmen der spoe angenommen.

die beratungen werden morgen donnerstag, um 9 uhr, mit der behandlung des rechnungsabschlusses der wiener stadtwerte fortgesetzt. im anschluss daran wird die restliche tagesordnung erledigt. (sei)
 (schluss)

- ende des sitzungsberichtes -